

Pressemitteilung

**Experten gegen eine willkürliche Verschärfung des Waffenrechts**

## **„Wir brauchen keine weiteren Verbote, sondern eine bessere Umsetzung“**

**10.06.2024. Das Land Niedersachsen hat einen neuen Vorstoß zur Verschärfung des Waffenrechts gemacht – und will am 14. Juni im Bundesrat einen Entschließungsentwurf mit dem Titel „Messerkriminalität wirksam bekämpfen und Novelle des Waffenrechts zügig voranbringen“ vorstellen. Der Bundesverband zivile Legalwaffen (BZL), die Interessenvertretung von Jägern, Sportschützen, Sammlern und Herstellern, setzt sich dagegen für eine effiziente und konsequente Durchsetzung des bestehenden Waffenrechts ein.**

„Unser Waffenrecht gibt alles her, um Extremisten und Kriminelle zu entwaffnen“, so BZL-Geschäftsführer Matthias Klotz. „Die Probleme liegen vielmehr in der Umsetzung – etwa in mangelnder Digitalisierung und zu wenig Kapazitäten bei der Polizei.“ Sein Verband, in dem rund 170 Verbände und Vereine organisiert sind, kritisiert die anhaltenden Vorstöße zur Verschärfung des Waffenrechts. Zudem würden im aktuellen Entschließungsentwurf des Landes Niedersachsen sogar Fakten ignoriert oder gezielt verkürzt – so wird fälschlicherweise darauf hingewiesen, im Ampel-Koalitionsvertrag sei die Einführung eines kleinen Waffenscheins für den Erwerb und Besitz von Armbrüsten beschlossen worden.

### **„Kriminelle halten sich nicht an Verbote“**

„Generell scheint für viele Politiker der Ruf nach schärferen Waffengesetzen immer wieder gut zu klingen“, so Matthias Klotz. „Das bestehende Waffengesetz jedoch bietet für Entwaffnungen von Extremisten alle Voraussetzungen – vielmehr verhindert die katastrophal schlechte digitale Vernetzung der Behörden häufig, Waffenmissbrauch wirksam zu bekämpfen.“ Das zeige sich aktuell beim Thema Messerkriminalität. Schon 2008 wurde das Waffenrecht in Bezug auf das Führen von Messern verschärft – dies jedoch hat sich in den vergangenen Jahren als völlig unwirksames Mittel erwiesen. „Die Messerkriminalität steigt und steigt, und viele der eingesetzten Tatwaffen dürften nach geltendem Waffengesetz gar nicht geführt werden. Diese dramatische Entwicklung zeigt einmal mehr, dass es Kriminellen, Extremisten und Psychopathen völlig egal ist, was im Waffengesetz steht“, so Matthias Klotz. Sein Fazit: „Wir brauchen keine weiteren Verbote,

an die sich Neonazis, Salafisten, Islamisten, Kriminelle und Psychopathen sowieso nicht halten, sondern mehr und vor allem besser ausgerüstete Polizeibeamte, die dafür sorgen, dass solche Feinde unserer Gesellschaft, unserer Demokratie und unserer freiheitlichen Werte entwapfnet werden.“

## **Bekennnis zu Freiheit und Sicherheit**

Er und die Experten aus dem Bundesverband zivile Legalwaffen – etwa aus den Bereichen Schießsport, Jagd und Waffenherstellung – haben wiederholt angeboten, der Politik bei der Diskussion um eine durchaus notwendige Reform der komplizierten Waffengesetze als Berater zur Seite zu stehen. „Wir sind selbstverständlich offen für alles, was der Sicherheit und Freiheit in unserem Land dient. Wir werden uns aber immer vehement dagegen wehren, dass pauschal und gebetsmühlenartig nach einer Verschärfung des Waffenrechts gerufen wird, die ausschließlich gesetzestreue Legalwaffenbesitzer trifft, statt einen tatsächlichen Zugewinn für die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Solch ein Aktionismus bringt niemandem etwas.“

Vor der Bundesratssitzung Ende der Woche gelte es, dass sich die CDU in den Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, klar zu ihrer parteipolitischen Grundhaltung bekennt. „Sie muss Rückgrat beweisen und darf sich nicht zum Handlanger einer Pro-Faeser-Kampagne machen lassen – denn der Entschließungsentwurf aus Niedersachsen trägt klar die Handschrift einer durchdachten SPD-Strategie“, sagte Klotz. „Wenn am Ende die Bundes-FDP und das von CSU und Freien Wählern regierte Bayern die letzte Bastion der Vernunft in Fragen des Waffenrechts sind, haben sich die Christdemokraten ein schwer zu heilendes Armutszeugnis ausgestellt.“

## **Mehr Details zur Position des BZL:**

<https://bzl.net/niedersachsens-landesregierung-fordert-ein-schaerferes-waffenrecht/>

## **Über den Bundesverband zivile Legalwaffen (BZL)**

Im Bundesverband zivile Legalwaffen – bisher Forum Waffenrecht – sind rund 170 Vereine, Verbände und Unternehmen aus den Bereichen Jagd, Schießsport, Schützengemeinschaften und Industrie organisiert. Der BZL positioniert sich klar gegen jeglichen illegalen Waffenbesitz und Waffenmissbrauch und für einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit legalen Waffen. Grundet wurde der Verband 1997, Sitz ist Berlin.

## **Pressekontakt und Interviewanfragen:**

Matthias Klotz  
E-Mail: [info@bzl.net](mailto:info@bzl.net)  
Telefon: 02102-5595740